

Notizen

Eine Erklärung zur Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet haben Anfang Dezember die Bischöfe von Essen und Münster und der Erzbischof von Paderborn veröffentlicht. Darin werden alle gesellschaftlichen Kräfte, jeder einzelne Bürger, der Staat und die Tarifparteien aufgefordert, ihren Beitrag zur Erhaltung, Neuschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zu leisten. Konkret werden Arbeitgeber und Gewerkschaften aufgefordert, in ausgewogener Weise auf die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen. Weniger Qualifizierten müßte, eventuell auch über den Weg einer stärkeren tariflich geregelten Lohndifferenzierung, der Einstieg ins Berufsleben ermöglicht werden. Vorhandene Arbeit solle angemessener verteilt werden. Zu der dringend gebotenen Konsolidierung der Staatsfinanzen solle sich der Staat auch von Aufgaben trennen können, die andere besser erfüllen. Der notwendige Strukturwandel sei zu beschleunigen. Hierfür sei es besonders für Klein- und Mittelbetriebe wichtig, daß die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Staates erleichtert und der Zugang zu den Ergebnissen von Forschungs- und Entwicklungsarbeit verbessert würde.

Mit Wirkung vom 5. November errichtete Johannes Paul II. das Erzbistum Hamburg und ernannte den bisherigen Bischof von Osnabrück, Ludwig Averkamp, zu dessen erstem Oberhirten. Die äußere Feier aus Anlaß der Bistumserrichtung und die Einführung des künftigen Erzbischofs von Hamburg findet am 7. Januar statt. Der 67 Jahre alte und aus Velen in Westfalen stammende Averkamp war langjähriger Regionalbischof des Bistums Münster mit Sitz in Xanten, bevor er 1987 Bischof von Osnabrück wurde. Nach der Bekanntgabe seiner Ernennung zum Erzbischof von Hamburg machte Averkamp öffentlich keinen Hehl daraus, daß er sich nach diesem neuen Amt nicht gedrängt habe.

Für die Beibehaltung des Systems der Kirchensteuer hat sich der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in einer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme ausgesprochen (epd-Dokumentation Nr. 51a/94). Ergänzend zur Kirchensteuer solle angestrebt werden, die nicht einkommensteuerpflichtigen Kirchenmitglieder im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung der kirchlichen Aufgaben heranzuziehen.

Die Stellungnahme schlägt außerdem eine Harmonisierung der Struktur der kirchlichen Haushalte, Reduzierung des Verwaltungsaufwands und der Personalausgaben sowie eine stärkere Berücksichtigung des Subsidiariätsprinzips in der Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen des kirchlichen Lebens vor. Besetzung, Umfang und Effizienz aller kirchlichen Gremien müßten ständig überprüft werden.

In zwei ostdeutschen Gliedkirchen der EKD wurden neue leitende Geistliche gewählt. Neuer Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts wird Pfarrer Helge Klassohn (50), Leiter des Pastorkollegs Templin in der Berlin-Brandenburgischen Kirche. Er löst Kirchenpräsident Eberhard Natho ab, der seit 1970 an der Spitze der anhaltinischen Landeskirche stand. Zum neuen Bischof der Evangelischen Kirche der Schlesischen Oberlausitz mit Sitz in Görlitz wurde Oberkirchenrat Klaus Wollenweber (55) gewählt, derzeit in der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union tätig. Er wird Nachfolger von Bischof Joachim Rogge, von Hause aus renommierter Kirchengeschichtler, der die kleinste Landeskirche in Ostdeutschland seit 1985 leitete.

Am 28. November 1994 verstarb im Alter von 87 Jahren der frühere Erzbischof von Madrid, Kardinal Vicente Enrique y Tarancón. Erzbischof von Madrid und Vorsitzender der Spanischen Bischofskonferenz war er von 1971 bis 1983, also während der Zeit des Übergangs von der Franco-Diktatur zur Demokratie in Spanien. Tarancón erwarb sich durch Reden und Handeln große Verdienste als moralisch-religiöse Leitfigur für die junge spanische Demokratie; gleichzeitig wies er der unter Franco einerseits massiv privilegierten, aber auch in das System eingebundenen Kirche des Landes entschieden und klar den Weg unter den veränderten politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt äußerte er sich immer wieder zu aktuellen Fragen, so etwa bis zuletzt in einer Kolumne der katholischen Zeitschrift „Vida nueva“.

Wegen seiner Verdienste um Demokratie und Menschenrechte in Haiti wurde Ende November in Straßburg der Bischof von Jérémie, Willy Romélus, mit dem diesjährigen „Europäischen Menschen-

rechtspreis“ ausgezeichnet. Befragt zu den widersprüchlichen Meldungen über einen Laisierungsantrag des Priesters und haitianischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide, bestätigte Romélus den seit langem auf den ehemaligen Salesianerpater in dieser Sache ausgeübten Druck, dem er nun durch die Einreichung seines Demissionsschreibens nachgegeben habe. Unterdessen haben die Vereinten Nationen und die Organisation Amerikanischer Staaten um insgesamt 77 Millionen Dollar für Haiti gebeten.

Während einer viertägigen Reise nach Kuba Ende November traf der Präsident des Päpstlichen Rates „Justitia et Pax“, Kardinal Roger Etcheagaray, sowohl Fidel Castro als auch Caridad Diego, den Verantwortlichen für religiöse Belange des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas sowie den UN-Hochkommissar für Menschenrechte, José Ayala Lasso. Mehrfach lobte Etcheagaray während seiner Reise Vitalität, Mut und Jugendlichkeit der katholischen Kirche Kubas, die allen Menschen des Landes zur Verfügung stünden. Auch kündigte er die Gründung einer nationalen Kommission „Justitia et Pax“ an. Der erst jüngst vom Papst zum Kardinal ernannte Erzbischof von San Christóbal de la Habana und Vorsitzende der kubanischen Bischofskonferenz, Jaime Lucas Ortega y Alamino betonte, mit der Kommission wolle die Kirche einen Prozeß des sozialen Dialogs eröffnen.

Der besonders durch seine Vermittlungsbemühungen zwischen der salvadorianischen Regierung und der Befreiungsfront Farabundo Marti bekannt gewordene Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, ist am 26. November im Alter von 72 Jahren verstorben. 1991 war es Rivera Damas als Nachfolger des 1980 von Todeskommandos ermordeten Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero gelungen, ein Friedensabkommen zwischen den Bürgerkriegsparteien zu erreichen. Als Vorkämpfer für die Menschenrechte hat das Bischöfliche Hilfswerk „Adveniat“ Rivera Damas gewürdigt. In seiner Verkündigung habe der Bischof unverblümt Unrecht angeprangert und der Gesellschaft seines Landes den Spiegel vorgehalten.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.